

14. September 2017

#19 / 2017

iwd.de

iwd

Europäische Union
Familienpolitik
Gesetzliche Rente
Steuerkonzepte

ISSN 0344-919X

Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln

G 4120



Deutschland hat die Wahl

shutterstock / tai11

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident: Arndt Günter Kirchoff · Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

www.iwkoeln.de

Parteien wollen Europa reformieren

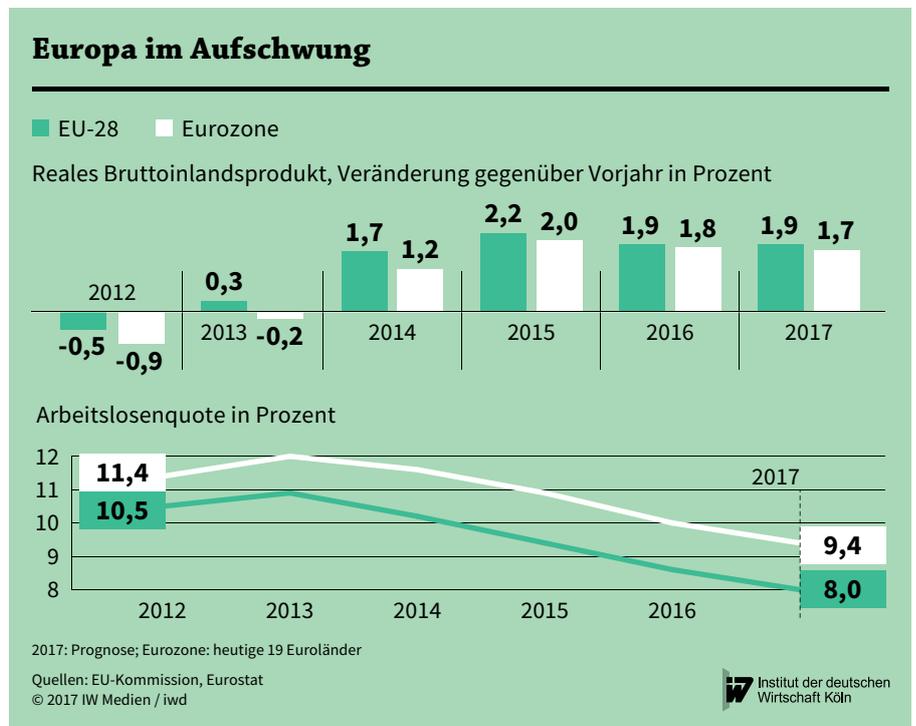
Europäische Union. Unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahl steht eines schon jetzt so gut wie fest: Auch die künftige Regierung in Berlin wird der Europäischen Union grundsätzlich den Rücken stärken. Allerdings haben alle relevanten Parteien Vorschläge für Reformen in petto – und setzen dabei recht unterschiedliche Akzente.

Vor nicht allzu langer Zeit hatten die Institution EU und die europäische Idee in politischen Debatten einen schweren Stand. Doch die jüngsten Wahlen – allen voran in den Niederlanden und Frankreich – haben gezeigt, dass pro-europäische Positionen wieder populär geworden sind. Dazu dürften auch die bereits heute sichtbaren negativen Auswirkungen des Brexit-Votums und der protektionistische Kurs des US-Präsidenten Donald Trump beigetragen haben. Hinzu kommt, dass es den Europäern wirtschaftlich wieder deutlich besser geht (Grafik):

Das Bruttoinlandsprodukt der 28 EU-Länder ist seit 2014 im Jahresschnitt um etwa 2 Prozent gewachsen; die EU-weite Arbeitslosenquote könnte in diesem Jahr auf 8 Prozent sinken.

Vor diesem Hintergrund schlagen auch die deutschen Parteien im Bundestagswahlkampf größtenteils europafreundliche Töne an. Allerdings betonen viele Politiker, dass die EU und insbesondere die Eurozone reformiert werden müssten – und die vorgeschlagenen Konzepte unterscheiden sich zum Teil erheblich. Die grundlegenden Standpunkte der Parteien:

CDU/CSU setzen in ihrem europapolitischen Programm auf Sicher-



heit, wirtschaftliches Wachstum und Stabilität vor allem der Eurozone. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Vollen- dung des Binnenmarktes in den Bereichen Digitalisierung und Energie.

Die Unionsparteien bedauern die sinkende Wettbewerbsfähigkeit einiger EU-Mitgliedsstaaten, die zum Anstieg der Staatsverschuldung geführt habe. Diesen Ländern sichern CDU/CSU ihre Solidarität zu – vorausgesetzt, die Regierungen halten sich an die Regeln des ge-

meinsam beschlossenen Stabilitäts- pakts. Eine Vergemeinschaftung der Schulden innerhalb der Eurozone lehnen die Christdemokraten dagegen strikt ab.

Die SPD wirbt in ihrem Europa- programm für ein Ende der Sparpoli- tik und plant stattdessen massive Investitionen – in Bildung und in den Arbeitsmarkt, in grenzüberschreiten- de Infrastrukturprojekte wie die europäischen Verkehrs- und Energie- netze sowie in den Umweltschutz. Auf diese Weise soll ein nachhaltiges

ökonomisches Wachstum gestärkt werden.

Viel Raum nimmt auch das Thema „Soziales Europa“ ein. So will die SPD eine europäische Sozialunion entwickeln, gegen Sozialdumping kämpfen, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände als Sozialpartner unterstützen und die Mitbestimmung stärken.

Übereinstimmungen zwischen Union und Sozialdemokraten gibt es im Hinblick auf das „Friedensprojekt Europa“. Beide Parteien betonen die gemeinsame Verantwortung der Europäer und schlagen eine Europäische Verteidigungsunion (CDU) beziehungsweise ein ziviles europäisches Friedenskorps (SPD) vor. Außerdem wollen beide die deutsch-französische Zusammenarbeit als Motor der EU stärken, wobei CDU/CSU explizit unter anderem die Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung als wichtiges Handlungsfeld nennen.

Die FDP hofft auf den Wiedereinzug in den Bundestag und präsentiert ebenfalls eine pro-europäische Agenda. Allerdings fordern die Freien Demokraten institutionelle Reformen, zum Beispiel wollen sie die Zahl der EU-Kommissare von 28 auf 16 reduzieren. Die FDP unterstützt die Idee eines Europas unterschiedlicher Geschwindigkeiten – spricht: Mitgliedsstaaten, die mehr Integration wollen, sollen vorangehen können, ohne dass andere in jedem Politikbereich mitziehen müssen.

Die Grünen lehnen ebenso wie die SPD einen strikten Sparkurs ab und plädieren für mehr und vor allem nachhaltige Investitionen auf EU-Ebene. Sie fordern zudem eine Stärkung des Europäischen Parlaments sowie eine engere Zusammenarbeit der EU-Länder, vor allem in der Sozial- und Umweltpolitik.

Die Linke setzt sich für eine grundlegende Reform der EU ein, die

Europäische Währungsunion: Was die Parteien zu Reformvorschlägen sagen

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	FDP	AfD
Europäischer Währungsfonds						
Eigenes Budget für die Eurozone						
Europäische Wirtschaftsregierung						
Finanzstabilität hat Vorrang vor Investitionen						

Ursprungsdaten: Wahlprogramme der Parteien
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

nach Meinung der Partei in einer tiefen Krise steckt und vornehmlich den Interessen neoliberaler Märkte statt dem Bürgerwohl diene. Die Partei fordert deshalb das Ende der Sparpolitik und will stattdessen ein umfassendes europäisches Investitionsprogramm durchsetzen, das den Schwerpunkt auf öffentliche und soziale Dienste sowie einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft legt.

Die AfD ist von den Parteien, die Chancen auf Sitze im neuen Bundestag haben, die einzige mit einer eindeutig anti-europäischen Ausrichtung. Die Rechtspopulisten verlangen, dass Deutschland sowohl aus der Eurozone als auch aus der EU austritt, weil die deutschen Interessen innerhalb der Gemeinschaft geopfert würden. Die EU soll nach Auffassung der AfD zu einer bloßen Kooperation von Nationalstaaten werden.

In der quer durch Europa geführten Debatte über die Zukunft der EU und speziell der Eurozone stechen einige Reformvorschläge besonders hervor – und werden auch von den deutschen Parteien kontrovers diskutiert (Grafik):

Den größten Zuspruch findet die Idee, einen eigenen Währungsfonds für die Eurozone einzurichten – sowohl CDU/CSU als auch SPD und Grüne sind dafür.

Die Meinungen zu anderen Reformkonzepten sind deutlich unterschiedlicher. So befürwortet die SPD im Rahmen einer Vertiefung der Europäischen Währungsunion den Vorschlag, eine Wirtschaftsregierung für die Eurozone zu etablieren. Diese sollte einem europäischen Wirtschafts- und Finanzminister unterstehen und durch das EU-Parlament legitimiert und kontrolliert werden. Diese Idee findet auch bei Bündnis90/Die Grünen Anklang, ebenso wie der Vorschlag eines eigenen Budgets für die Eurozone.

Die Unionsparteien wollen nicht so weit gehen, allerdings hat sich Angela Merkel in jüngster Zeit offener für die Idee eines Eurozonen-Haushalts und den Ruf nach einem Euro-Finanzminister gezeigt. Die FDP lehnt diese Vorschläge jedoch ab – unter anderem, weil sie die nationalen Regierungen nicht aus der Verantwortung entlassen will und eine Vergemeinschaftung von Staatsschulden befürchtet.

Interview. Die künftige Bundesregierung muss die Fahne des Freihandels hochhalten und sollte den vorhandenen finanziellen Spielraum für mehr Investitionen nutzen, sagt **Markus J. Beyrer** im iwd-Interview. Der Österreicher ist Generaldirektor der europäischen Vereinigung der Industrie- und Arbeitgeberverbände BusinessEurope, zu dessen Mitgliedern die deutschen Organisationen BDA und BDI gehören.

„Die Freiheiten in der EU fallen nicht von den Bäumen“

Herr Beyrer, welche europapolitischen Initiativen wünschen Sie sich von der künftigen Bundesregierung?

Deutschland füllt in Europa eine klare Führungsrolle aus. Und das ist auch gut so, denn es gibt eine ganze Menge zu tun. Vor allem müssen wir bei der Industriepolitik auf europäischer Ebene Fortschritte hin zu einer ganzheitlichen Strategie machen. Da ist Deutschland für uns ein großer Unterstützer, weil dort das Thema verstanden wird.

Wichtig ist auch, dass Deutschland weiterhin einen starken Freihandelskurs fährt und Europa sein offenes Wirtschaftsmodell behält. Denn trotz aller Probleme in bestimmten Teilen der Welt müssen wir weiterhin neue Märkte erschließen. Schließlich werden künftig mehr als 90 Prozent des Wachstums außerhalb Europas stattfinden. Dementsprechend kommt es darauf an, dass europäische Unternehmen Zugang zu diesen Märkten haben.

Die Meinungen der deutschen Parteien zur Frage, ob die Euroländer ein eigenes Budget und eine eigene Wirtschaftsregierung brauchen, sind geteilt. Wie steht BusinessEurope hierzu?

Wir glauben, dass es eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion geben muss. Wir stehen auch der Debatte über einen Finanzminister und das gemeinsame Budget offen gegenüber, halten diese Elemente aber nicht für zwingend. Wir brauchen vor allem eine makroökonomische Stabilisierung im Euro-Währungsgebiet – wollen aber keine Lösung, die zu permanenten, bedingungslosen Transfers führt. Voraussetzung für solche Zahlungen ist vielmehr, dass die Mitgliedsstaaten die erforderlichen Strukturreformen durchführen.

Eine der Debatten im Bundestagswahlkampf dreht sich um die Frage, ob die EU mehr investieren sollte. Was ist Ihre Meinung?

Wir haben eine riesige Investitionslücke in Europa. Da, wo es geht, sollten aber vor allem die nationalen Budgets stärker auf eine Förderung des Wachstums ausgerichtet werden.

Deutschland zum Beispiel sollte seine Haushaltsüberschüsse sicherlich nutzen, um mehr zu investieren. Wir alle wissen, dass es da in der Verkehrsinfrastruktur einiges zu tun gibt. Zudem geht es um die Nord-Süd-Trassen der Stromnetze, um den Ausbau der Breitbandnetze, aber



Foto: Erik Lumtang

auch um Investitionen in Bildung und insbesondere in die Forschung.

Die EU hatte zwischenzeitlich in der Bevölkerung einen schweren Stand. Inwieweit kann BusinessEurope dazu beitragen, den Bürgern die Vorteile Europas zu vermitteln?

Die Stimmung in Europa verbessern können wir nur mithilfe unserer nationalen Mitglieder. In Schweden etwa geht unser Mitgliedsverband auf Unternehmen zu, die in den Regionen eine große Glaubwürdigkeit besitzen. Dann diskutieren diese Unternehmen vor Ort in Lokalen mit den Menschen über Themen wie den Zusammenhang zwischen dem europäischen Way of Life und den dafür notwendigen EU-Strukturen.

Wir wollen vermitteln, dass die allseits geschätzten Freiheiten – wie freies Reisen, die gemeinsame Währung und der Vorteil, überall einen Job annehmen zu können – nicht von den Bäumen fallen. Eine Errungenschaft wie der Binnenmarkt – das zeigen die Brexit-Verhandlungen – ist eben nicht umsonst, also ohne Regulierungen aus Brüssel zu haben.



Die Langfassung des Interviews finden Sie auf iwd.de/zukunft_der_eu

Wahlversprechen ohne Zuständigkeit

Familienpolitik. Die großen Parteien versprechen, die Betreuungsinfrastruktur deutlich zu verbessern. Das ist wünschenswert, doch Skepsis ist angebracht: Die Zuständigkeiten des Bundes sind in diesem Bereich begrenzt.

Einerseits immer mehr Rentner, andererseits immer weniger Fachkräfte – angesichts dieser Schere ist es verständlich, dass die Familienpolitik im Bundestagswahlkampf eine große Rolle spielt.

Insbesondere für die Betreuungsinfrastruktur haben sich alle großen Parteien ambitionierte Ziele gesetzt: SPD, Grüne und Linke wollen einen generellen Anspruch auf Ganztagsbetreuung. Der Bedarf dafür ist nachweisbar (Grafik):

Im Jahr 2012 wurden weniger als 42 Prozent der über dreijährigen Kinder ganztags betreut, 2016 waren es bereits fast 50 Prozent.

CDU und CSU möchten dagegen den Rechtsanspruch auf einen außerschulischen Betreuungsplatz für Grundschulkindern einführen.

Zwar steht außer Frage, dass Ganztagsbetreuung zentral ist, um Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren, dennoch sind die Vorhaben mit Vorsicht zu genießen. Denn ohne Verfassungsänderung kann der Bundestag in Sachen Ganztagsbetreuung keine Gesetze erlassen – das fällt in die alleinige Zuständigkeit der Länder. Dieses sogenannte Kooperationsverbot in der Bildungspolitik aufzuheben, wäre zwar möglich und wünschenswert, erscheint mit der derzeitigen

Mehrheitskonstellation im Bundesrat aber kaum vorstellbar.

SPD und Linke planen bei einem Wahlerfolg außerdem, die Gebühren für Betreuungseinrichtungen abzuschaffen. Das klingt erst mal sinnvoll, schließlich werden Kitas und Kindergärten immer mehr zu Bildungseinrichtungen. Die Höhe der Beiträge ist in den einzelnen Städten und Gemeinden außerdem sehr unterschiedlich, was die Entscheidung der Eltern für oder gegen ein Betreuungsangebot verzerrt.

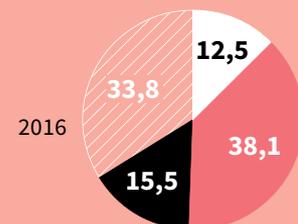
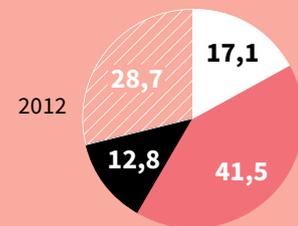
Doch auch dieses Wahlversprechen hat einen Haken: Nach der derzeitigen Rechtslage darf der Bund zwar Investitionsprogramme für Betreuungseinrichtungen auflegen, sich aber nicht an den laufenden Kosten beteiligen. Können klamme Kommunen ihr Betreuungsangebot also nicht – zumindest teilweise – über die Beiträge der Eltern refinanzieren, werden sie es eventuell auf ein Minimum reduzieren.

Neben dem Ausbau der Betreuungsinfrastruktur wollen alle großen Parteien die finanziellen Leistungen für Familien anpassen – mit dem erklärten Ziel, der Kinderarmut entgegenzuwirken. CDU/CSU und Linke planen, das Kindergeld anzuheben. SPD, Grüne und FDP setzen darauf, die Einkommen ärmerer

Normalfall Ganztagsbetreuung

So viel Prozent der Kinder über drei Jahren wurden in diesem vereinbarten Umfang in Tageseinrichtungen betreut

- Bis 25 Wochenstunden
- 26 bis 35 Wochenstunden
- 36 bis 44 Wochenstunden
- ▨ 45 und mehr Wochenstunden



Stand: jeweils zum 1. März

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Familien zu erhöhen – die Konzepte bleiben jedoch recht schwammig.

Ohnehin sind die Wahlversprechen wenig zielführend: Anders als bei der Betreuungsinfrastruktur steht Deutschland mit Blick auf die monetären Leistungen für Familien im internationalen Vergleich sehr gut da. Kinderarmut bedeutet hierzulande also meist nicht, dass materielle Güter fehlen, sondern dass die Chancen auf Bildung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ungleich verteilt sind. Gute Ganztagschulen sind also viel wichtiger als mehr Geld für Familien – das Thema aber ist Sache der Länder.

Zur Kasse, bitte!

Gesetzliche Rente. Zu den wichtigsten Aufgaben der neuen Bundesregierung wird es gehören, die gesetzliche Rentenversicherung zukunftsfest zu machen. Ein Blick in die Wahlprogramme zeigt jedoch: Alle Parteien verschließen vor den demografischen Herausforderungen die Augen, bei einigen wird es für junge Erwerbstätige sogar richtig teuer.

Im Alter mehr Rente? Wer kann dazu schon Nein sagen? Nur noch bis 60 arbeiten müssen? Prima. Parteien, die in ihren Wahlprogrammen Versprechungen dieser Art machen, werden kaum auf Widerspruch stoßen – weil sie das Wichtigste verschweigen, nämlich mit welchen Kosten ihre Wahlgeschenke verbunden sind. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat sich daher – vor allem mit Blick auf den demografischen Wandel – angeschaut, was in den Wahlprogrammen zur gesetzlichen Rentenversicherung zwischen den Zeilen steht.

Dass in den nächsten knapp 20 Jahren rund 20 Millionen Babyboomer in den Ruhestand gehen werden, aber nicht genügend junge Beitragszahler nachrücken, ist für die staatliche Rentenkasse ein riesiges Problem. Denn die monatlichen Renten werden aus den aktuellen Beitragseinnahmen finanziert. Grundsätzlich stehen dem Gesetzgeber in diesem Umlagesystem drei Stellschrauben zur Verfügung, um die Rentenfinanzen trotzdem im Lot zu halten: Der Beitragssatz kann erhöht, das Rentenniveau abgesenkt und/oder die Regelaltersgrenze für die Rente heraufgesetzt werden.

Derzeit ist dieses Zusammenspiel so austariert, dass alle gesetzlichen Vorgaben auf mittlere Sicht eingehalten werden können und die Finanzierungslasten zwischen den Generationen ausgewogen verteilt sind:

- Der **Rentenbeitragssatz** wird bis 2030 nicht über die vereinbarten 22 Prozent steigen.
- Das **Rentenniveau**, also das Verhältnis der Standardrente nach 45 Beitragsjahren zum Durchschnittslohn, wird nach Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums zwar bis auf 44,5 Prozent sinken, aber nicht unter die Haltelinie von 43 Prozent fallen.
- Machbar ist dies auch, weil das **Renteneintrittsalter** bis 2031 schrittweise auf 67 Jahre ansteigt.

Doch der demografische Wandel ist weder 2030 noch 2031 abgeschlossen. Die Weichen für die Zeit danach

müssen rechtzeitig gestellt werden, also möglichst in der kommenden Legislaturperiode. Eine Simulationsrechnung des IW Köln (siehe Artikel „Die Rente mit 70 muss kommen“ auf iwd.de) zeigt:

Der Beitragssatz ließe sich bis 2045 mit einer weiteren sukzessiven Anhebung der Regelaltersgrenze auf 70 Jahre bei knapp 22 Prozent stabilisieren – damit wäre sogar ein Rentenniveau von 45 Prozent finanzierbar.

Ein großer Teil der heutigen Wähler wäre von einer solchen weiteren Erhöhung des Rentenalters gar nicht betroffen. Trotzdem traut sich keine Partei, die realistische Chancen auf einen Einzug in den Bundestag hat, an diesen Schritt heran (Tableau):

- **Union, SPD und Grüne** wollen nicht weiter am Rentenalter schrauben.
- **Die Linken** würden sogar zur Rente mit 65 zurückkehren und nach 40 Beitragsjahren einen abschlagsfreien Ruhestand mit 60 Jahren erlauben.
- **Die FDP** will ebenfalls die Rente mit 60 ermöglichen – allerdings mit Abschlägen, um den Anreiz zu erhöhen, länger zu arbeiten. Erlaubt sein soll der vorgezogene Ruhestand auch nur dann, wenn gesetzliche, betriebliche und private Bezüge zusammen über dem Grundversicherungsniveau liegen.
- **Die AfD** möchte den Rentenzugang gleich ganz an die Beitragsjahre anstatt ans Lebensalter knüpfen.

All das klingt zwar verlockend, ist aber nicht zu Ende gedacht, wie ein Blick auf die Versprechungen zur Höhe der Renten klarmacht. So fordert die SPD, das Rentenniveau bei den heutigen 48 Prozent zu belassen, die Linke spricht sogar von einer Erhöhung auf 53 Prozent.

Doch schon ein Rentenniveau von 46 Prozent würde nach Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums im Jahr 2031 einen Beitragssatz von 23 Prozent nötig machen.

Bis 2045 könnte dieser sogar auf 24,5 Prozent klettern, und das selbst dann, wenn der Steuerzuschuss um weitere 7,7 Milliarden Euro aufgestockt würde.

Ganz gleich, ob höherer Steuerzuschuss oder Ausweitung der Beitragspflicht auf Selbstständige und Einkommen oberhalb der Bemessungsgrenze – überzeugen können diese vermeintlichen Finanzierungsalternativen nicht. Denn sie träfen genau wie ein höherer Beitragssatz in erster Linie die jungen Erwerbstätigen, von denen es in Relation zu den Rentnern immer weniger gibt. Eine verstärkte Steuerfinanzierung der Rente würde das Problem zwar auf einen anderen Topf verlagern, doch auch dem werden infolge des demografischen Wandels Milliarden Euro an Einnahmen wegbrechen (siehe iwd 14/2017).

CDU und CSU haben immerhin angekündigt, eine Rentenkommission einzusetzen, die bis 2019 Vorschläge zur Weiterentwicklung der Rentenversicherung erarbeiten soll. Wie ein Damoklesschwert schwebt über diesem

Vorhaben jedoch der Wunsch der Christsozialen, die Mütterrente auszuweiten, also auch für vor 1992 geborene Kinder drei Jahre Kindererziehungszeit anzurechnen. Allein dies würde bis 2030 fast 100 Milliarden Euro kosten, wie eine Studie des IW Köln ergeben hat (siehe iwd 9/2017).

Wie man es auch dreht und wendet – eine Anpassung der Lebensarbeitszeit an die weiter steigende Lebenserwartung dürfte die einzige generationengerechte Antwort auf die sich anbahnende demografische Schieflage der gesetzlichen Rentenversicherung sein. Unter einer Voraussetzung: Die neue Bundesregierung muss sich mit der Frage befassen, wie Menschen künftig besser dazu befähigt werden, auch im höheren Alter noch am Berufsleben teilzuhaben.



Wie die von einigen Parteien geplante Abschaffung des Zusatzbeitrags in der gesetzlichen Krankenversicherung zu bewerten ist, lesen Sie in einer längeren Fassung dieses Beitrags unter: iwd.de/wahlprogramme-sozialversicherungen

Was die Parteien zur gesetzlichen Rente sagen

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	FDP	AFD
Regelaltersgrenze	Rente mit 67	Rente mit 67, keine weitere Anhebung der Regelaltersgrenze	Rente mit 67, aber Flexibilisierung des Übergangs in die Rente	Rente mit 65, nach 40 Beitragsjahren schon ab 60	Rente ab 60 mit Abschlägen möglich, sofern Ansprüche aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge über Grundsicherungsniveau liegen	Rentenbeginn abhängig von Arbeitszeit statt Lebensalter
Rentenniveau Verhältnis von Standardrente zu Durchschnittslohn	Kann bis 2030 gemäß geltender Rentenanpassungsformel auf 43 Prozent sinken; parteiübergreifende Rentenkommission für die Zeit danach	Stabilisierung bei 48 Prozent	Stabilisierung des aktuellen Niveaus (2016: 48 Prozent)	Erhöhung auf 53 Prozent	Kann bis 2030 gemäß geltender Rentenanpassungsformel auf 43 Prozent sinken	Keine Aussage
Versicherungspflichtige	Status quo	Einbeziehung bislang nicht versicherter Selbstständiger	Ausbau zu einer Erwerbstätigenversicherung	Ausbau zu einer Erwerbstätigenversicherung	Pflicht zur Basisvorsorge in gesetzlicher oder privater Versicherung für bislang nicht versicherte Selbstständige	Keine Aussage
Steuerzuschuss	Keine Aussage	Steuerzuschuss soll gemäß Nahles-Konzept langfristig steigen	Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen wie einer Garantierente über Grundsicherungsniveau	Steuerfinanzierung einer bedürftigkeitsgeprüften solidarischen Mindestrente von 1.050 Euro netto pro Monat	Keine Aussage	Keine Aussage

Entlastung von der Belastung

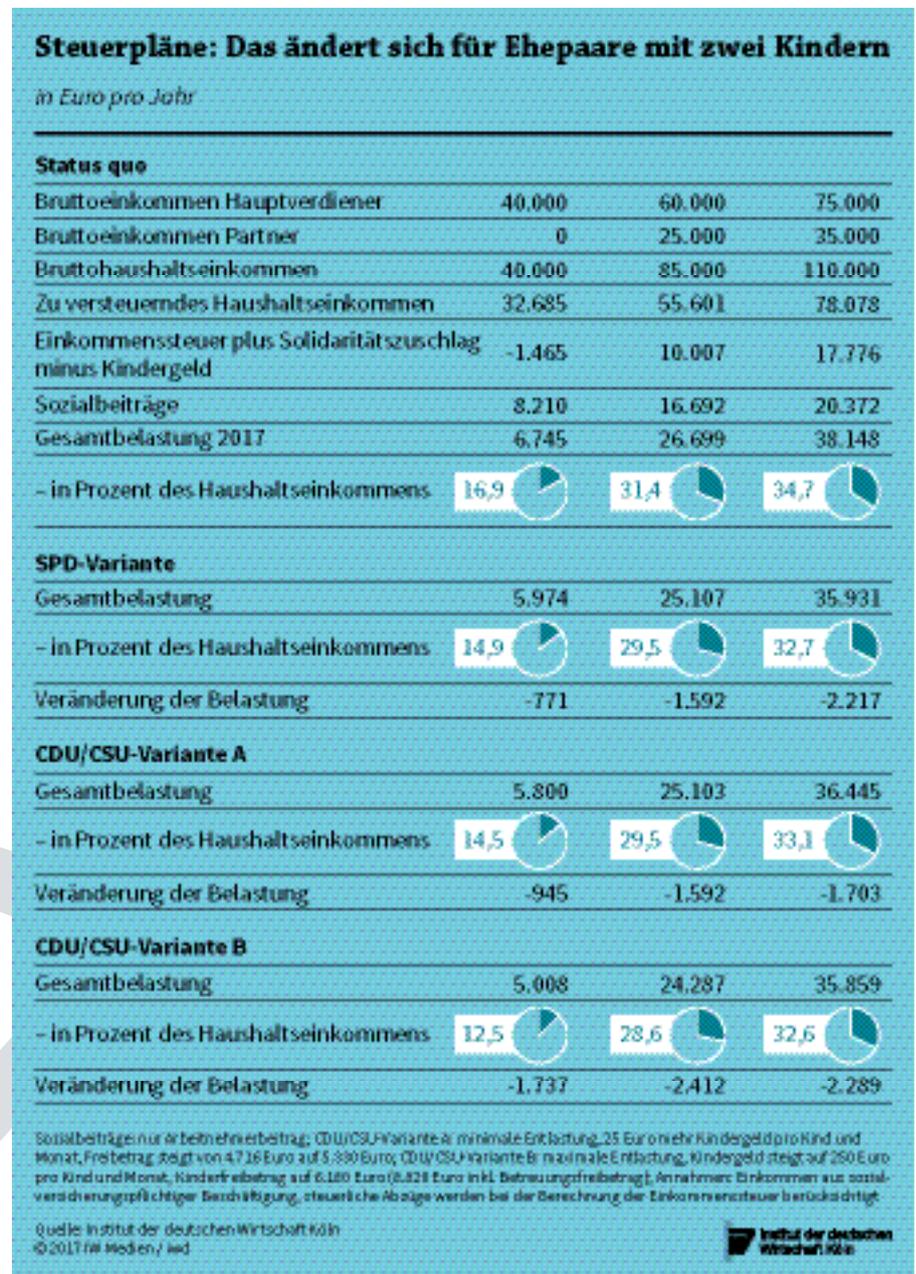
Steuerkonzepte. In ihren Wahlprogrammen versprechen die derzeitigen Regierungsparteien CDU/CSU und SPD den Bundesbürgern weniger Steuern und Sozialabgaben. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat sich die Konzepte genauer angesehen und ausgerechnet, was dabei für verschiedene Haushaltstypen herauskommen würde.

Die Konjunktur läuft rund, der Arbeitsmarkt boomt, die Steuern sprudeln – sprich: Die Kassen sind voll. Ergo erwarten die Steuerzahler, dass ihnen der Staat künftig etwas mehr von ihren Bruttoeinkommen übrig lässt. Zu Recht, denn je nach Haushaltstyp ist die Steuer- und Abgabenbelastung seit 2010 um 1,5 bis 3,2 Prozent des Haushaltseinkommens gestiegen – am stärksten ausgerechnet für verheiratete und unverheiratete Paare mit Kindern.

Das IW Köln hat die Steuer- und Abgabenpläne der Regierungsparteien (Kasten Seite 9) deshalb auch daraufhin untersucht, ob und wie stark sie diese zusätzlichen Belastungen abbauen würden. Zwei Beispiele:

Singles ohne Kinder. In den Einkommensklassen 22.000 Euro (Geringverdiener), 50.000 Euro (Mittelverdiener) und 75.000 Euro (Gutverdiener) müssen Singles derzeit zwischen 29,7 und 43,8 Prozent ihres Haushaltseinkommens ans Finanzamt und an die Sozialversicherungen abführen (Grafik Seite 9) – das sind 1,6 bis 1,8 Prozent mehr als 2010.

Ein Vergleich der Steuerkonzepte von Union und SPD zeigt, dass Geringverdiener in beiden Fällen etwa gleich



stark entlastet würden – um 0,9 beziehungsweise 1 Prozent ihres Bruttoeinkommens. Mittelverdiener dagegen würden von der SPD etwas stärker entlastet (1,8 Prozent) als bei der Union (1,4 Prozent). Gutverdiener wiederum schneiden im Unions-Konzept besser ab (1,5 Prozent) als bei der SPD (1 Prozent). Das heißt: Außer für

Mittelverdiener im SPD-Modell bleiben die Entlastungen für alle Singles hinter den Zusatzbelastungen seit 2010 zurück.

Ehepaare mit zwei Kindern. Weil die Anpassung des Kindergelds geringer ausfiel als die nominalen Lohnsteigerungen, ist die Abgabenbelastung von Familien seit 2010 mit

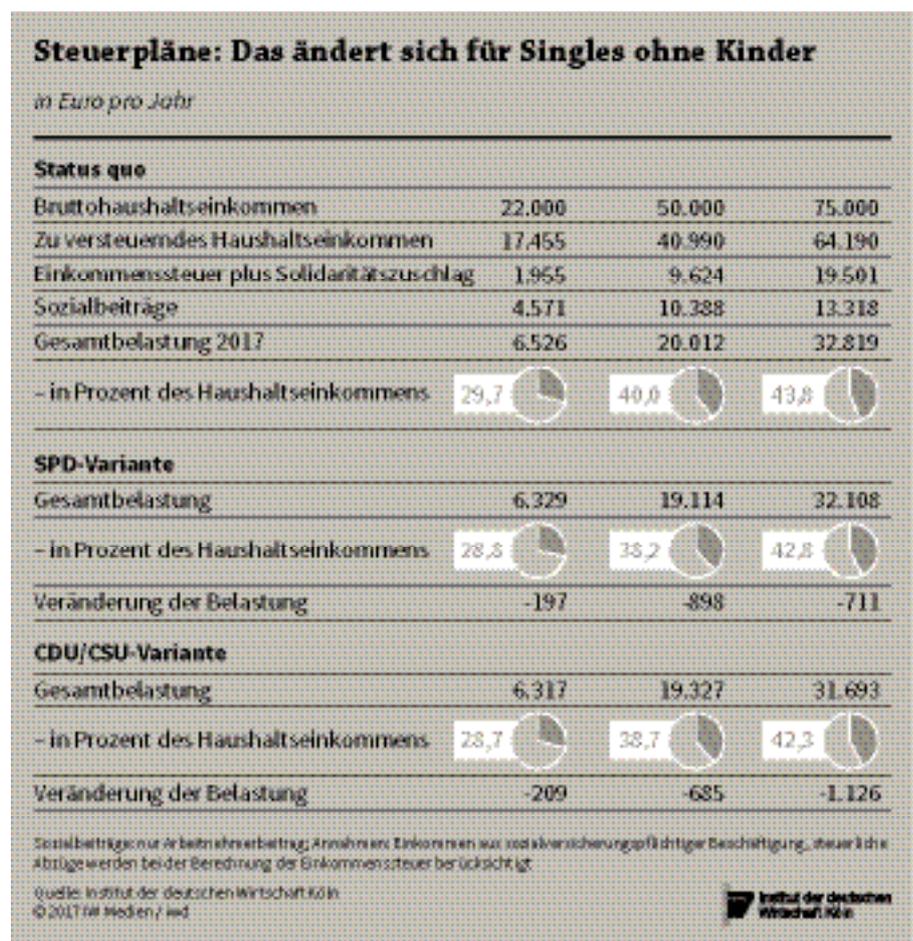
1,9 bis 3 Prozent stärker gestiegen als die von kinderlosen Ehepaaren, die maximal 1,7 Prozent mehr abzuführen hatten. Allerdings ist das Abgabenniveau derzeit in allen drei Haushaltseinkommensgruppen für Paare mit Kindern deutlich niedriger als für kinderlose Paare.

Der Nachwuchs spielt in beiden Steuerkonzepten eine wichtige Rolle: Die SPD plant einen Kinderbonus, der verheirateten Eltern aber nur gewährt werden soll, wenn sie in das neue Ehegattensplitting-Modell wechseln (siehe IW-Kurzbericht 59/2017 – iwkoeln.de/ehegattensplitting).

Die Union hat zwei Varianten für mehr Kindergeld und höhere Freibeträge im Köcher – ob die Variante A mit 217 Euro Kindergeld umgesetzt werden soll oder die Variante B mit 250 Euro, geht aus dem Wahlprogramm nicht eindeutig hervor. Das IW Köln hat beide durchgerechnet. Das Ergebnis (Grafik Seite 8):

Geringverdiener werden in beiden Varianten von CDU/CSU stärker entlastet als im SPD-Konzept.

Allerdings schafft es die Union nur in der Variante mit 250 Euro Kindergeld, die zusätzlichen Belastungen zu kompensieren – mit einer Entlastung von 4,3 Prozent des Haushaltseinkommens wären die Zusatzbelastungen von 3 Prozent seit 2010 sogar mehr als ausgeglichen. Für Familien mit mittlerem Einkommen sind das



SPD-Konzept und die Variante A der Union mit Entlastungen von jeweils 1,9 Prozent zwar gleichwertig, beide können aber die Mehrbelastungen seit 2010 nicht wettmachen.

Gutverdiener-Familien schneiden bei der SPD mit einer Entlastung von 2 Prozent deutlich besser ab als in der Variante A der Union mit 1,5 Prozent; die Entlastung ist sogar höher als die

früheren Zusatzbelastungen. CDU/CSU schaffen das nur, wenn sie das höhere Kindergeld einführen.

IW policy paper 14/2017

Martin Beznoska: Die Steuerkonzepte von SPD und Union im Vergleich – Modellrechnungen für Singles, Paare und Familien

iwkoeln.de/steuerkonzepte

Die Steuerpläne von SPD und Union

Diese geplanten Änderungen bei Steuern und Abgaben sind in die IW-Beispielrechnungen eingegangen (Details im IW policy paper 14/2017):

SPD

- ▶ Paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen: jeweils 7,85 Prozent für Arbeitgeber und Arbeitnehmer
- ▶ Tarifierpassungen bei Einkommenssteuer laut Wahlprogramm
- ▶ Abschaffung des Solidaritätszuschlags für zu versteuernde Einkommen unter 52.000 Euro
- ▶ Neues Ehegattensplitting-Modell mit Einschränkung des übertragbaren Einkommens auf 20.000 Euro und Kinderbonus von 150 Euro pro Kind und Elternteil im Jahr

CDU/CSU

- ▶ Tarifierpassungen bei der Einkommenssteuer: Verschiebung der 1. Tarifgrenze auf 16.969 Euro (IW-Berechnung), Spitzensteuersatz 42 Prozent ab 60.000 Euro
- ▶ Zwei Varianten bei Kindergeld und Kinderfreibetrag:
 - ▶ A – Minimale Entlastung: 25 Euro mehr Kindergeld pro Kind und Monat, Kinderfreibetrag steigt von 4.716 Euro auf 5.330 Euro
 - ▶ B – Maximale Entlastung: Kindergeld steigt auf 250 Euro pro Kind und Monat, Kinderfreibetrag auf 6.180 Euro (8.820 Euro inklusive Betreuungsfreibetrag)
- ▶ Schrittweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags über elf Jahre

Von detailliert bis dürftig



Wahlprogramme Mittelstand. Dass es der deutschen Wirtschaft gutgeht, ist zum großen Teil den mittelständischen Unternehmen zu verdanken. Deren Wettbewerbsposition ist aber alles andere als gesichert. Was also wollen die Parteien tun, um den Mittelstand zu stärken?

Derzeit hat der deutsche Mittelstand offenbar kaum Grund zu klagen. Laut KfW-Mittelstandsbarometer war das Geschäftsklima noch nie so gut wie im Juli 2017. Doch die Risiken sind vielfältig – von Donald Trumps protektionistischen Plänen über mögliche Marktzugangsbarrieren nach dem Brexit bis hin zum Fachkräftemangel im Inland. Zudem sinkt die Zahl der für die Zukunft des Mittelstands relevanten Gründungen (Grafik):

Die Zahl der neu gegründeten Betriebe, denen eine größere wirtschaftliche Bedeutung zugeschrieben werden kann, ist seit 2004 um 28 Prozent auf rund 126.000 gesunken.

All dies wäre Grund genug für die Politik, etwas zur Stärkung der Gründerkultur zu unternehmen. Doch längst nicht in allen Wahlprogrammen finden sich konkrete Vorschläge:

CDU/CSU wollen bis 2019 einen Masterplan erarbeiten, der über Beratung, Fördermaßnahmen und Bürokratieabbau mehr Menschen den Weg in die Selbstständigkeit ebnet. Die Union plädiert für einen besseren Zugang zu Wagniskapital durch eine steuerliche Förderung von Beteiligungen an Start-ups – dies hätte sie aber schon in der laufenden Legislaturperiode durchsetzen können.

Die SPD will den Einsatz digitaler Technologien im Mittelstand fördern und einen steuerlichen Forschungsbonus einführen. Das Programm „Innovationsmotor Mittelstand“ soll der Fachkräftesicherung dienen und den Mittelstand entlasten – allerdings wird Letzteres nicht konkretisiert. Stattdessen würde die geplante Erhöhung des Spitzensteuersatzes um 3 Prozentpunkte den Mittelstand zusätzlich belasten. Zudem plädiert die SPD für den Bürokratieabbau, fordert aber zugleich mehr Regulierungen – indem sie unter anderem Zeitarbeit und Werkverträge einschränken will.

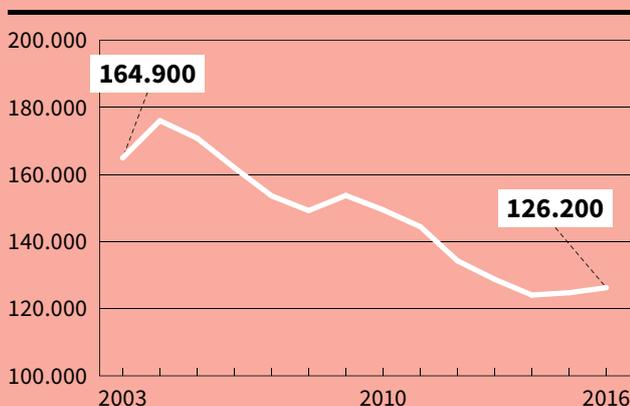
Die FDP plant, Gründungen online innerhalb eines Tages und mit nur einem Ansprechpartner zu ermöglichen. Die Freien Demokraten wollen Wagniskapital steuerlich besserstellen, indem zum Beispiel Beteiligungsverluste leichter verrechnet werden können. Für Crowdfunding soll es vereinfachte Vorschriften geben. Entlasten will die FDP den Mittelstand unter anderem, indem die Ist-Besteuerung in der Umsatzsteuer ausgeweitet wird und Betriebe die Sozialversicherungsbeiträge wieder nachträglich abführen dürfen. Zudem sollen neue Gesetze systematisch auf ihre möglichen Auswirkungen auf den Mittelstand überprüft werden.

Die Grünen äußern sich nicht speziell zu Gründungen, wollen aber digitale Glasfasernetze und das E-Government ausbauen, was auch mittelständischen Firmen zugutekäme. Eine kommunale Wirtschaftssteuer, die Freiberufler einbezieht, soll die Gewerbesteuer ersetzen.

Die Linke und die AfD schließlich haben wenig bis gar keine Ideen zur Förderung des Mittelstands und der Gründerkultur in petto.

Mittelstand: Weniger Firmennachwuchs

Gründungen von Betrieben, deren Rechtsform oder Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lässt, in Deutschland



Betriebsgründungen mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung: Gründung durch eine juristische Person (zum Beispiel Aktiengesellschaft oder GmbH), eine Personengesellschaft oder eine natürliche Person, die in das Handelsregister eingetragen ist, eine Handwerkskarte besitzt oder mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigt

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2017 IW Medien / iwd

Immer noch Neuland

Digitalisierung. Was die Politik in der kommenden Legislaturperiode in Sachen Digitalisierung unternehmen muss, davon haben die großen Parteien sehr unterschiedliche Vorstellungen – und die sind zudem noch sehr vage. Die Unternehmen fordern derweil eine neue digitale Agenda.

Die Digitalisierung wird das Wirtschaften genauso grundlegend verändern wie die Gesellschaft – darüber sind sich die meisten Experten einig. In der deutschen Politik ist das Thema zwar mittlerweile angekommen, seine Tragweite erkennen aber noch längst nicht alle:

SPD und Linke widmen den digitalpolitischen Zielen in ihren Wahlprogrammen nicht mal ein eigenes Kapitel.

Digitalisierung ist zunächst ein Querschnittsthema. Die große Herausforderung liegt deshalb in der Vernetzung der verschiedenen Politikfelder und in der Zuordnung der Zuständigkeiten. Laut ihren Wahlprogrammen wollen die Parteien das so lösen:

Die FDP hat vor, ein Digitalministerium einzurichten.

CDU/CSU plädieren für einen Staatsminister im Kanzleramt, der die Digitalpolitik der verschiedenen Ressorts koordiniert.

Grüne, SPD und Linke wollen eine – allerdings nicht genauer definierte – stärkere Bündelung der Kompetenzen.

Geht es nach der Wirtschaft, muss die neue Bundesregierung in der Digitalpolitik eine Schippe drauflegen. Neun von zehn Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) fordern laut einer aktuellen Bitkom-Umfrage eine neue politische Agenda mit eindeutigen Prioritäten (Grafik):

Digitalisierung: Was die Unternehmen wollen

So viel Prozent der Unternehmen aus der Digitalwirtschaft sehen für die kommende Bundesregierung folgende wichtige Handlungsfelder



IT-Sicherheit: plus Digitalisierung der Infrastruktur; Befragung von 193 IKT-Unternehmen im 2. Halbjahr 2017

Quelle: Bitkom
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Für jeweils 80 bis 90 Prozent der IKT-Unternehmen sind die IT-Sicherheit, die Digitalisierung der Infrastruktur, der Breitbandausbau, eine digitale Bildungs-offensive sowie die Industrie 4.0 die wichtigen Handlungsfelder.

Zwar haben alle Parteien das Thema IT- und Cybersicherheit in ihren Wahlprogrammen, klare Strategien fehlen jedoch: Die SPD will Sicherheitsbehörden besser ausstatten; die Grünen fordern ein Gütesiegel für IT-Sicherheit; die FDP spricht von einer „staatlichen Aufgabe ersten Ranges“ und CDU/CSU setzen auf eine Stärkung jener Bundeswehreinheit, die sich mit Cyberangriffen beschäftigt. Das wiederum lehnt die Linke ab.

Beim Breitbandausbau wollen alle Parteien – außer der SPD, die

noch keine Finanzierungsform dafür hat – einen aus Bundesmitteln gespeisten Fonds zur Förderung des Netzausbaus in ländlichen Gebieten, in denen kein privatwirtschaftlicher Ausbau zu erwarten ist.

Wie Deutschland mit seinen neuen Wettbewerbern in der digitalen Welt umgehen soll, ist ebenfalls umstritten: Die CDU möchte das Kartellrecht anpassen, um die Entstehung deutscher Plattformen zu fördern. FDP und Grüne wollen das Kartellrecht „fit machen für die Digitalisierung“. Die SPD dagegen möchte die Sharing Economy regulieren und das Bundeskartellamt zur Verbraucherschutzbehörde umbauen. Die AfD spricht allgemein davon, den Wettbewerb zu schützen, und im Wahlprogramm der Linken spielt das Thema gar keine Rolle.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Ulrich von Lampe
(verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf,
Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de
Bezugspreis:
€ 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten,
inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag:
Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445
Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die
elektronische Verwertung über:
lizenzen@iwkoeln.de

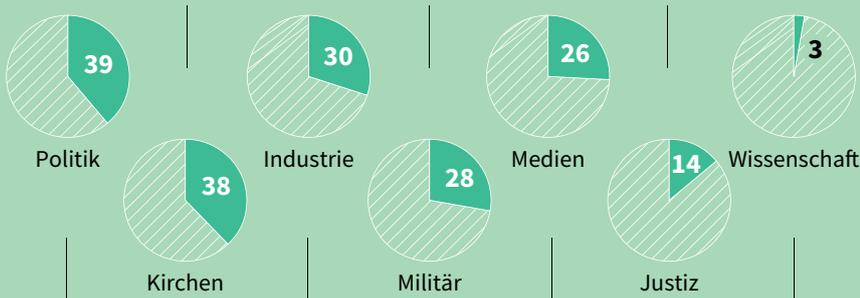
iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.

Top-Liste: Wem die Deutschen misstrauen

Landauf, landab fordern Politiker die Bürger derzeit auf, ihrer jeweiligen Partei am 24. September die Stimme zu geben – noch wichtiger aber sei es, überhaupt wählen zu gehen. Denn seit langem ist die Beteiligung an der Bundestagswahl rückläufig. Machten 1972 und 1976 noch jeweils gut 90 Prozent der Wahlberechtigten ihre Kreuzchen, waren es 2009 und 2013 nur noch knapp über 70 Prozent. Ein Grund könnte sein, dass die Deutschen keiner Institution so kritisch gegenüberstehen wie der Politik – aktuell vertrauen fast vier von zehn Befragten der Politik kaum oder überhaupt nicht. Ähnlich skeptisch werden nur die Kirchen beäugt.

Skeptischer Blick auf die Politik

So viel Prozent der Bundesbürger vertrauen diesen Institutionen kaum oder überhaupt nicht



Befragung von 1.200 Bundesbürgern ab 18 Jahren im Oktober/November 2016

Quelle: Universität Mainz
© 2017 IW Medien / iwd

iW Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Zahl der Woche



Millionen Menschen

gefällt Angela Merkels Profil auf Facebook. Fast genauso viele haben die Seite abonniert, bekommen also regelmäßig Inhalte angezeigt, die die Kanzlerin und ihr Social-Media-Team veröffentlichen.

Ginge es nur nach diesen Zahlen, hätte die CDU als Partei der Kanzlerin die Bundestagswahl bereits klar für sich entschieden. Denn nur etwas mehr als 400.000 Personen gefällt SPD-Herausforderer Martin Schulz auf Facebook.

Dafür ist der Sozialdemokrat mit über 500.000 Followern bei Twitter alternativlos: Kanzlerin Merkel hat kein eigenes Profil beim Kurznachrichtendienst. Ihr Regierungssprecher Steffen Seibert kommt dort allerdings auf knapp 840.000 Follower.

Neu auf iwd.de: Die Rente mit 70 muss kommen

Niedrigeres Rentenniveau? Mehr Beitrag zahlen? Das eine ärgert die Älteren, das andere belastet die Jüngeren. Eine Untersuchung des IW Köln zeigt: Mit einer Erhöhung des Rentenalters auch über 2031 hinaus ließen sich die Folgen des demografischen Wandels für die gesetzliche Rentenversicherung spürbar mildern.

